Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung“ gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 28mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erschein. tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell. Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 143. Halle, Mittwoch, den 26. März. 1919.

Bayern gegen Weimar.

Bayern gegen den Verfassungsausschuß

WTB. **München**, 25. März. (Drahtnachricht.) Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des bayerischen Landtages hat heute, laut „Staatszeitung“, einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der bayerische Landtag verfolgt mit schwerer Sorge die Verhandlungen des Verfassungsausschusses der deutschen Nationalversammlung. Die von diesem bisher gefaßten Beschlüsse zeigen die deutliche Absicht, über die Regierungsvorlagen hinaus eine unerträgliche Unitarisierung und Zentralisierung des Reiches herbeizuführen. Bayern steht treu zum Reich, aber die föderativen Grundlagen des Reiches will es unangetastet wissen. Durch einseitige Gesetzgebungsakte der Nationalversammlung können lebenswichtige Sonderrechte des bayerischen Volkes nicht einfach aufgehoben werden. Nur auf dem Wege der Verständigung, zu der Bayern die Hand bietet, kann hier eine zeitgemäße Umgestaltung von dauerndem Bestand geschaffen werden. Angesichts der furchtbaren Not des deutschen Volkes erachtet es der bayerische Landtag als eine ernste Gefahr für den Bestand des Reiches, wenn durch grundsätzliche Verschiebung des bisherigen Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten Zwietracht in das Volk getragen wird und die freiwillige Mitarbeit wertvoller Teile des gesamten Volkes an dem Wiederaufbau des Deutschen Reiches gelähmt wird. Der bayerische Landtag beauftragt die bayerische Regierung, die Rechte des bayerischen Volkes im Sinne dieser Entschließung mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung und Nationalversammlung zu vertreten.

Vollsozialisierung in Bayern.

München, 25. März. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Die bayerische Regierung hat kraft der ihr vom Volke übertragenen Gewalt die Vollsozialisierung Bayerns nach den Grundsätzen des Entwurfes Kranold-Neurath-Schumann in Angriff genommen. Sie hat, nachdem der Sozialisierungsausschuß des Landtages auf Grund der Darlegung Dr. Otto Neuraths einstimmig die Pläne nach längerer Aussprache gebilligt hat, im Einklang mit dem einstimmig geäußerten Wunsche des Zentralrates die sofortige Aufstellung eines Zentralwirtschaftsamtes verfügt und für die Leitung dieses Amtes Dr. Otto Neurath in Aussicht genommen, der zur Vorbereitung und Verwirklichung des Sozialismus, Kommunismus und Sozialismus mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet wird.

Die englische Arbeiterpartei gegen den Raub von Danzig.

Rotterdam, 25. März. (Privattelegramm.) „Daily News“ melden: Die englische Arbeiterpartei erklärte sich gegen die Zuteilung Danzigs und der rein deutschen Gebiete an den neuen Polenstaat. In der Sitzung der liberalen Unterhauspartei sprach auch Asquith gegen die polnischen Ansprüche auf Danzig und Westpreußen und kündigte die Opposition der Liberalen im Unterhaus an gegen einen Friedensvertrag dieser Art.

Rückzug der Entente-Truppen in Ungarn?

Wien, 25. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Reichspost“ meldet aus Budapest: Die alliierten Besatzungstruppen haben sich aus Szegedin und Arad zurückgezogen. Die Mitglieder der alliierten Militärkommission haben Budapest bis auf einen amerikanischen Offizier verlassen.

Eine ungarische rote Armee.

WTB. **Budapest**, 25. März. Der revolutionäre regierende Rat ordnete die Bildung einer auf der Revolutionsdisziplin basierenden neuen Proletarierarmee der ungarischen Räterepublik, einer sogenannten Roten Armee, an, die in erster Linie auf Anwerbung aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft und auf den gegenwärtig unter den Waffen stehenden Proletariersoldaten beruht. Die Soldaten der Roten Armee erhalten Verpflegung, Bekleidung, Ausrüstung und monatlich 450 Kronen Gehalt und für jedes ihrer Familienmitglieder eine Familienzulage von 50 Kronen monatlich. Der oberste Leiter der Roten Armee ist der revolutionäre regierende Rat. Chargen und Rangunterschiede gibt es in der Armee nicht. Es gibt nur Befehlshaber und Soldaten. Die Befehlshaber werden vom Volkskommissar für Kriegswesen ernannt. Innerhalb der Roten Armee werden Arbeiter-Reservebataillone gebildet, Truppenkörper, deren Kommandanten ausschließlich den Reihen der Arbeiterschaft entnommen werden.

Die hallischen Plünderungen in der Nationalversammlung.

Die Leiden der besetzten Gebiete — Schwere Angriffe des Abg. Kunert gegen die Landesjäger in Halle Behandlung von Interpellationen.

Weimar, 25. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung gegen 1/4 4 Uhr. Tagesordnung:

Anfragen.

Abg. **Dr. Rießner** (D. Vpt.) führte Beschwerde über die Vergewaltigungen deutscher Zeitungen in der Pfalz durch die französischen Besatzungsbehörden.

Regierungskommissar **Dr Hämmer**: Die Presse der Pfalz wird fortgesetzt schmerzlich geknechtet und vergewaltigt, um die Bewohner der Pfalz dem Reiche zu entfremden. Die Regierung zweifelt aber keinen Augenblick an der Reichstreue der Pfälzer.

Bayerischer Ministerialdirektor **Dr. Wolff** schließt sich namens der bayerischen Regierung dieser Erklärung an.

Abg. **Falk** (Dem.) beschwert sich über

ungenügende Versorgung der Rheinlande

mit Brotgetreide, Mehl und Fett und veranlaßt sofortige und dauernde Abhilfe.

Unterstaatssekretär Freiherr **von Braun**: Die besetzten Gebiete sind trotz aller bestehenden Schwierigkeiten keineswegs schlechter versorgt worden, als das übrige Deutschland. Die mancherlei Kundgebungen in den besetzten Gebieten über die schlechte Versorgung sind daher unbegründet. Sie werden von den Besatzungstruppen veranlaßt und unterstützt und dienen offensichtlich politischen Zwecken. Von dem gesunden Sinn der Bevölkerung darf erwartet werden, daß sie das erkennt.

Kunert gegen General Maercker.

Der Abg. **Kunert** (Unabh.) hatte eine Anfrage eingebracht, worin er behauptet, daß die Truppen des General Maercker durch mangelhafte Ueberwachung den Plünderungen in Halle Vorschub geleistet haben, und worin er ihnen Unmenschlichkeiten und Ausschreitungen vorwirft.

Major v. Gilsa: Der Regierung ist bekannt, daß in Halle Plünderungen vorgekommen sind. Um eine Wiederholung nach Möglichkeit zu vermeiden, ist die Regierung bestrebt, einen ausreichenden Polizei- und Wehrmachtdienst zu schaffen. Auch von anderen schweren Ausschreitungen in Halle hat die Regierung Kenntnis z. B. von der

schändlichen Ermordung des Oberstleutnant Klüber.

Sollten von Mannschaften des Maerckerschen Korps Ausschreitungen begangen worden sein, so wird dagegen ganz energisch eingegriffen werden, ebenso wie gegen jeden Schuldigen.

Abg. **Kunert** (Unabh.): Die Maerckerschen Truppen haben

Ausschreitungen provoziert.

Wann wird der Belagerungszustand über Halle aufgehoben? Wann wird endlich

der organisierte Meuchelmord

aufhören?

Major v. Gilsa: Ich kann meiner Antwort nichts hinzufügen.

Abg. **Haase** fragt nach den gesetzlichen Grundlagen für den Erlaß des Reichswehrministers, wonach in Berlin jeder auf der Stelle erschossen werden sollte, der mit Waffen kämpfend angetroffen wird.

Major v. Gilsa gab hierauf die Auskunft, daß dieser Erlaß wieder aufgehoben wurde, als die Ordnung wieder hergestellt war.

Abg. **Haase** fragte darauf weiter, ob die Regierung zugeben wolle, daß dies eine ungesetzliche Maßnahme war.

Major v. Gilsa gab abermals zur Antwort: Ich habe meiner Antwort nichts hinzuzufügen.

Abg. **Haase** fragte weiter nach den Gründen des

Verbotes der „Freiheit“ und der „Republik“.

Major v. Gilsa erwiderte, dieses vorübergehende Verbot wurde erlassen, weil diese Zeitungen in gemeingefährlicher Weise gewirkt hätten. Das Verbot sei wieder aufgehoben worden.

Nunmehr machte der Abg. **Haase** die Bemerkung, es scheine schon zum System erhoben zu werden,

den Fragen der Abgeordneten auszuweichen.

In welchen konkreten Tatsachen hat sich die Gemeingefährlichkeit dieser Zeitungen offenbart?

Major v. Gilsa antwortete zum dritten Male: Ich habe auch hier meiner Antwort nichts hinzuzufügen.

Diese mehrfach wiederholte Verweigerung einer näheren Auskunft rief im Hause lebhafte Unruhe hervor.

Es folgt die Interpellation des Zentrums und der Demokraten betreffend Maßnahmen für die mittleren und kleinen Gewerbe- und Handeltreibenden, sowie die deutschnationale Interpellation betreffend

Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe.

Abg. **Wetzlich** (Dn.) begründet die Interpellation Arnstadt. Wenn wir unser Wirtschaftsleben wieder aufrichten wollen, so müssen wir vor allen Dingen die kleinen und mittleren Betriebe wieder in den Sattel setzen. Dazu gehört die Einräumung ausreichender Kredite, die Beschaffung von Rohstoffen, die Förderung des Genossenschaftswesens. Von der Regierung wird die Gemeinwirtschaft in einer Weise propagiert, die den Untergang der selbständigen Kreise des Mittelstandes bedeutet.

Zur Begründung der Interpellation Gröber erklärt Abg. **Irl** (Ztr.): Beim Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsamt müssen besondere Stellen mit dem nötigen Einfluß geschaffen werden, um den Bedürfnissen von Handwerk und Kleingewerbe Rechnung zu tragen. Vor allem muß dem Handwerk und Kleingewerbe die Kreditbeschaffung erleichtert werden durch staatliche Förderung der Kreditgenossenschaften.

Für Beantwortung der Interpellationen erklärte Reichswirtschaftsminister **Wissel**: Das Reich, die Gliedstaaten und die Gemeinden haben durch schleunige Aufträge Industrie und Handwerk über den toten Punkt hinwegzubringen versucht. Die preußische Eisenbahnverwaltung hat

Aufträge von rund 2 Milliarden Mark

gegeben, die Reichspostverwaltung im Werte von einer Viertel Milliarde. Im Demobilmachungsamt ist eine Hilfskasse für gewerbliche Unternehmungen errichtet worden mit 200 Millionen Mark. Das Handwerk ist davon nicht ausgeschlossen. Es kann durch seine Organisationen diese Kasse auch in Anspruch nehmen. Für die Belieferung des Handwerks mit Rohstoffen und Betriebsmitteln ist gesorgt, und hierbei wird das organisierte Handwerk selbst mitwirken.

Abg. **Brühne** (Soz.): Viele Tausende kleine Gewerbetreibende, die aus dem Kriege zurückgekehrt sind, stehen vor den Trümmern ihrer Existenz. Wir wollen alles tun, um ihnen zu helfen.

Weiterberatung Mittwoch, 3 Uhr; außerdem Wahlprüfungen und kleine Vorlagen. Schluß gegen 7 Uhr.

Die Sorgen der Entente.

Bedrohte Lage in Rumänien.

Haag, 25. März. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: Die Vertreter der Großmächte haben beschlossen, zur Beschleunigung der Verhandlungen den Zehnerrat auszuschalten. Dafür haben Wilson, Clemenceau und Orlando die oberste Leitung der Konferenzarbeiten übernommen. Japan hat an der Teilnahme verzichtet mit der Erklärung, in europäischen Angelegenheiten nicht beteiligt zu sein. Durch diese Neuregelung hofft man, die Friedenskonferenz im Laufe dieser Woche fertigzustellen. Oberst House glaubt sogar, daß dieser kleine Ausschuß, der ohne Unterbrechung tagen wird, schon am Mittwoch abend zum endgültigen Beschluß gekommen sein wird. Diese Maßnahme erscheint nötig, weil nicht nur die Lage in Ungarn sehr ernst ist, sondern auch in Rumänien die Gefahr droht, daß die Bolschewisten die Oberhand gewinnen und in Polen durch den Rücktritt Paderewskis, der nur Minister ohne Portefeuille ist, die Regierung gleichfalls gefährdet erscheint. Unter diesen Umständen hat die Beratung des Obersten Kriegsrates gestern nur eine formelle Bedeutung gehabt. Man hat sich mit Polen beschäftigt, weil es nötig ist, die polnischen Truppen sofort aus Frankreich fortzubefördern, um die Lücken in der Alliiertenfront gegen die Bolschewisten auszufüllen.

Die französischen Truppen in Ungarn.

WTB. **Wien**, 25. März. Meldung des Wiener Telegraphen-Korrespondenz-Büros. Vom Kommandanten der französischen Besatzungstruppen in Budapest ist bei der hiesigen italienischen Mission nachstehende Depesche eingelaufen: „Ein nach Moskau an Lenin gerichteter Funkspruch meldet, daß die französischen Truppen, die von bolschewistischen Ideen durchsetzt seien, von Kommunisten entwaffnet worden seien. In demselben Funkspruch wird weiter bemerkt, daß bei einigen Regimentern französische Offiziere getötet worden seien

während andere gemeutert hätten. Ich dementiere in aller Form diese Nachrichten, da sie vollkommen falsch sind. Bei den meinem Befehl unterstellten Truppen hat sich kein Zwischenfall ereignet."

Sowjettruppen bereits in Brody.

Wien, 25. März. (Privattelegramm.) Wie die Blätter zu den ungarischen Ereignissen melden, beschränkt sich die ungarische Räterepublik bisher fast ausschließlich auf das Gebiet von Budapest.

Nach Meldungen aus Lemberg waren sowohl Tarnopol als auch Brody am Sonnabend abend noch nicht von russischen Rätetruppen besetzt.

Der erste amerikanische Dampfer in Hamburg.

Hamburg, 25. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der amerikanische Dampfer „West Carnifax" traf heute nachmittag 2 Uhr im Hafen ein und legte am Kaiserin Augusta Viktoria-Kai fest. Der Dampfer bringt, wie schon gemeldet, 6000 Tonnen Mehl und 1500 Tonnen sonstige Lebensmittel.

Beendigung der Blockade Deutschlands?

Basel, 25. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der züricher „Tägliche Anzeiger" erfährt, daß die Gesamtblockade der Alliierten gegen Deutschland auf starken amerikanischen Druck hin in kürzester Zeit fallen wird. In der Schweiz liegen für mehr als eine Milliarde Mark während des Krieges aufgestapelte Sendungen Ausfuhrwaren aus Deutschland.

Sozialdemokratische Oberpräsidenten.

WTB. **Berlin**, 25. März. Laut „P. P. N." werden demnächst ernannt: zum Oberpräsidenten von Schlesien das sozialdemokratische Mitglied der preußischen Landesversammlung Philipp-Breslau, zum Oberpräsidenten in Schleswig-Holstein der Führer der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in Kiel Poller.

Der preußische Etat.

WTB. **Berlin**, 25. März. Der Staatshaushaltsplan schließt mit 9,6 Milliarden Mark ab. Die Schlußsumme ergibt sich gegen das Vorjahr in Einnahme und Ausgabe um 3,04 Milliarden Mark. Zur Herstellung des Gleichgewichtes sind 786,15 Millionen Mark als außerordentliche Einnahme eingestellt, die im Wege von Anleihen zu beschaffen ist. Sie deckt sich mit dem im Haushalt der Eisenbahnverwaltung enthaltenen Fehlbetrage, der sich ergibt, nachdem bereits aus der neuen Erhöhung der Personen- und Gütertarife eine Mehreinnahme von 1436 Millionen Mark eingestellt worden ist.

Eine Bauer-Krisis.

WTB. **Weimar**, 25. März. Im Innenausschuß für soziale Arbeiten, der die Rechtsgültigkeit der Verordnung über die Wahlen der Vorsitzenden für die Krankenkassen zu prüfen hatte, erklärte Reichsminister Bauer, daß er die Wiederherstellung der alten Ordnung seinerseits nicht zusagen könne. Würde sie dennoch beschlossen, so wäre es ihm unmöglich gemacht, die Geschäfte des Reichsarbeitsamtes weiter zu führen.

Keine monarchistischen Demonstrationen in Berlin.

Berlin, 25. März. Die Presse erörtert vielfach Demonstrationen, die angeblich in größerem Umfange am vergangenen Sonntag unter Hochrufen auf den einstigen Kaiser, Absingen der früheren Nationalhymne und schließlich auch unter Ovationen auf General Ludendorff stattfanden. Demgegenüber ist festzustellen, daß diese Demonstrationen in Wirklichkeit Spaziergänge kleiner, schon ihrer Zahl nach, jeglicher Bedeutung entbehrender Gruppen waren. Im übrigen versteht es sich von selbst, daß die republikanische Regierung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln monarchistischen Putschen und nationalistischen Krawallen entgegenzutreten wissen wird.

Die neue Regierung in der Landesversammlung.

Landesversammlungs-Präsident Leinert ernennt die Mitglieder der neuen Regierung — Ministerpräsident Hirsch für die Unteilbarkeit Preußens — Eine einstimmig angenommene Entschließung.

10. Sitzung vom 25. März 1 Uhr.

Am Ministertische: Hirsch, **Heine**, Dr. Südekum, Fischbeck, Haenisch, Oeser u. a.

Präsident Leinert: Auf Grund des Paragraphen 3 der vorläufigen Verfassung berufe ich zum Ministerpräsidenten den bisherigen Inhaber des Amtes, Hirsch, ebenso Haenisch, zum Unterrichtsminister, Dr. Südekum zum Finanzminister, Fischbeck zum Handelsminister, **Braun** zum Landwirtschaftsminister, **Reinhard** zum Kriegsminister, den bisherigen Justizminister Heine berufe ich zum Minister des Innern, den Geh. Justizrat Dr. **Am Zehnhoff** zum Justizminister, den Generalsekretär **Stegerwald** zum Minister für Volkswohlfahrt. Polizeipräsident Ernat scheidet als Minister aus. Er hat bei Ausbruch der Revolution das Ressort des Innern verwaltet, und ich spreche ihm für seine Tätigkeit den Dank der Landesversammlung aus, ebenso dem bisherigen Verkehrsminister Hoff, der nach einem arbeitsreichen Leben in den Ruhestand tritt. Namens der Landesversammlung wünsche ich ihm Gesundheit und alles Gute. (Beifall.) An seine Stelle tritt als Verkehrsminister der bisherige Direktor der „Ostsee-Zeitung" Oeser in Stettin. Damit ist die erste parlamentarische Regierung Preußens gebildet. Hinter ihr steht die Mehrheit des Volkes, und diese Mehrheit sichert ihre Festigkeit und ihre Tatkraft. Ich hoffe, daß es der ersten verfassungsgemäßen Volksregierung Preußens gelingen wird, zum Segen des ganzen Volkes zu wirken. (Lebhafter Beifall.)

Ministerpräsident **Hirsch**: Wir sind für die

Aufrechterhaltung eines unteilbaren Preußens

bis der deutsche Einheitsgedanke auf der ganzen Linie gesiegt hat. In der Verwaltung sollen die Tüchtigsten Eingang finden

... ohne Rücksicht auf Herkunft und Glauben.

Ein besonders ernstes Kapitel bilden unsere Finanzen. Mit einem Ueberschuß aus der Verkehrsverwaltung im nächsten Jahre ist nicht zu rechnen.

Finanzminister **Dr. Südekum**: Bis zum 1. Juli hoffen wir, daß es möglich sein wird, den Haushalt ordnungsgemäß zu verabschieden. Angesichts der trüben Gestaltung unserer Finanzen muß ich bitten,

mir neue Mittel zur Verfügung zu stellen.

Eine organische Steuerreform ist zurzeit noch nicht möglich. Wir sind ein armes Land geworden. Nicht zu verstehen ist der Leichtsinn und die Vergnügungssucht, die im Widerspruch stehen zu dem Ernst unserer Tage. Berechtigte Empörung muß darüber jeden ergreifen. Die Staatseinnahmen reichen nicht aus, die schwebende Schuld auszugleichen. Was aber besonders zu Befürchtungen Anlaß bietet, ist, daß das bedeutendste Unternehmen, das einzig in der Welt dasteht,

das preußische Eisenbahnsystem,

auch fast vollkommen zerrüttet ist. Die Verschlechterung der Eisenbahnfinanzen belief sich auf 1775 Millionen Mark. Der Gesamtausfall im Jahre belief sich auf 24 029 Millionen Mark. Das ist ein katastrophaler Abschluß, wie er in der Geschichte der preußischen Finanzen überhaupt noch nicht dagewesen ist. (Bewegung.) Der gesamte Fehlbetrag der Eisenbahnen beträgt 2222 Millionen Mark. Davon sollen 1435 durch Tariferhöhung gedeckt werden, so daß auf eine Ergänzungsanleihe 786 Millionen entfallen werden. Dem Drängen der Arbeiter- und Beamtenschaft nach höheren Bezügen mußte die Regierung nachgeben, weil durch die Unbilligkeit und Uebertreibung des sogenannten

Hindenburgprogramms

die Preisbildung auf allen Gebieten ins Ungemessene gewachsen ist. Die Hebung der Arbeitsfreudigkeit im Lande ist mit Recht ein Hauptpunkt im Programm der Regierung. Gelingt es uns nicht, die Arbeitsfreudigkeit wieder zu gewinnen, dann mag man Revolution machen, so viel man will,

dann muß das Volk zugrunde gehen.

Der Notetat wird dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

Es folgen förmliche Anfragen von Dr. Friedberg (Dem.), Hergt (Dn.) und Graef-Frankfurt (Soz.) betreffend die feindlichen Absichten auf

Lostrennung von Teilen Oberschlesiens, Posens, West- und Ostpreußens.

Abg. **Aronsohn**-Thorn (Dem.): Wir müssen schärfsten Einspruch einlegen, daß die Polen der Friedenskonferenz durch eigenmächtige Annexionen vorgreifen. Durch die Abtrennung dieser Gebiete würde

Preußen seiner Kornkammern beraubt

werden. Wir müssen daher auf das Erhalten dieser Landesteile für Preußen auf das äußerste bestehen. (Beifall.)

Abg. **Hoetzsch** (Dn.): Ich bin immer für eine ruhige Verständigung mit den Polen eingetreten. Die Demarkationslinie aber ist nur eine zufällige militärische Linie und darf von uns keinesfalls als politische Grenze anerkannt werden. Frankreich macht sich zum Diener des ausschweifenden polnischen Imperialismus. Wenn die polnischen Hoffnungen sich erfüllen sollten, dann wird es keinen Frieden im Osten geben, keinen Frieden von unserer Seite aus.

Ministerpräsident **Hirsch**: Den Wirkungen des Verhandlungsabbruchs, der

keineswegs zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten führen

dürfte, könnten wir mit voller Ruhe entgegensehen. Die Schadloshaltung der von den Polen geschädigten Deutschen wird die Regierung mit vollem Nachdruck verfolgen. Die Regierung erwartet von der Klugheit der Mächte, daß sie bei den Friedensverhandlungen dem starken Deutschtum des Ostens volle Rechnung tragen werden. Die Regierung wird die Wilsonschen Punkte anerkennen, aber alle übertriebene Ansprüche der Polen unbedingt zurückweisen. (Beifall.) Die Regierung ist sich einig, daß es außerhalb Posens in Preußen überhaupt keine nichtdeutschen Gebiete gibt, sowie darüber, daß innerhalb Posens weite Teile reindeutsch, andere nicht zweifellos rein polnisch sind.

Die von allen Parteien eingebrachte Entschließung gegen die gewaltsame Losreißung von Teilen Oberschlesiens, Posens, West- und Ostpreußens und gegen ihre Einverleibung in Polen, sowie gegen die beabsichtigte Landung polnischer Truppen in der kerndeutschen Stadt Danzig wird einstimmig angenommen, ebenso die in dieser Entschließung zum Ausdruck gebrachte Feststellung, daß die Abtrennung der genannten Gebiete von Preußen dem Punkte 13 der Wilsonschen Punkte widersprechen und einen groben Vertragsbruch darstellen würde.

Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr: förmliche Anfragen, Besprechung der heutigen Erklärungen der Regierung. Schluß 7 Uhr 15 Min.

Wilson ist unzufrieden.

Bleibt die Rheinprovinz deutsches Gebiet?

Haag, 25. März. (Eigene Drahtnachricht.) **Der Oberste Kriegsrat in Paris hatte eine Versammlung im Ministerium des Auswärtigen. Vorher hatten Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando am Mittwoch eine Besprechung, in der über die Folgen der bolschewistischen Unruhen in Ungarn und über die Frage der Ueberführung polnischer Truppen nach Polen beraten wurde. Wilson äußerte später seine Unzufriedenheit über die fortwährenden Verzögerungen und verlangte bindende Beschlüsse. Die Hoffnung, daß die Arbeiten jetzt beschleunigt werden können, wird genährt durch die günstige Aufnahme des Vorschlages, daß die von Frankreich verlangten Garantien zur Sicherstellung seiner Ostgrenze durch die Nichtmilitarisierung der Rheinprovinz geschaffen wird. Durch einen solchen Vorgang wird die Rheinprovinz deutsches Gebiet bleiben.**

Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Gantzer.

18. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Heinrich Ebeling war ein herzensguter Mensch, der sich nur deshalb keinen neuen Zylinder und keinen neuen Rock kaufen konnte, weil er sieben Kinder ernähren mußte und seine Einkünfte weder einem unerschöpflichen Brunnen noch einem „Esel streck dich" glichen, sondern recht knapp und immer dann aufgezehrt waren, wenn noch etwas gebraucht wurde. Infolge dieses Mißstandes ging Heinrich Ebeling etwas trübselig durchs Leben und hatte nicht zu allen Zeiten ein Lächeln auf dem Gesicht. Heute, da er den reichen Matthias Bruckmüller zu Grabe singen mußte, sann er über die ungleiche Verteilung der Lebensgüter besonders verstimmt nach und hätte gern zu denen gehört, die das Erbe des Verstorbenen antraten.

Aeußerst vergnügt war dagegen das Dutzend Singeknaben, denen ja ein Begräbnis immer zu den angenehmsten Ereignissen gehörte, weil es ihnen neben der Lust, sich an weinenden Menschen zu ergötzen, auch die Einnahme des Singegroschens brachte, der bei reichen Begräbnissen häufig doppelt oder gar dreifach in die Tasche fiel. Und für heute waren ihre Erwartungen besonders hoch gespannt. Sie rechneten in Anbetracht des Bruckmüllerschen Reichtums im schlechtesten Falle mit einem Silberling. —

... Die Trauerfeier hatte ihren Anfang genommen. In reinen, hellen Tönen flog der Sterbegesang aus jugendlichen Kehlen dem Vorfrühlingstage in das verheißungsvoll lächelnde Junglebengesicht, vermischte sich mit dem frischen, klingend daherziehenden Strom der Luft und gab trotz des Zwiespalts zwischen Sterben und Leben einen harmonischen Klang. Drüben auf der Wiese lärmte eine Schar heimgekehrter Stare in heller Lust ob des schönen Tages und kümmerte sich um das Begräbnis Matthias Bruckmüllers nicht im geringsten. Und die Leute aus Bredenbrück dachten: Es wird ein schönes Frühjahr, wie es scheint. Und lächelten in frohem Daseinsbewußtsein zu ihrem Städtchen hinüber. Oder sie begutachteten das Rosenhaus auf seinen Wert und zerbrachen sich die Köpfe darüber, wie es wohl mit seinem ferneren Schicksal werden möchte. . . . Und zu allem standen die vollen Büsche zarter Schneeglöckchen und die farbenreichen Siedlungen vorfrüher feingeäderter Krokusse als leuchtende Farbentupfen zwischen den schwarzen Erdhügeln der Rosengräber im Vorgarten und wußten nichts, gar nichts vom Sterben . . . .

Als die Leichenmänner schon in das Haus gegangen waren, um den Sarg herauszutragen, kam noch einer von Bredenbrück über die Wiesen her. In hastigem Lauf, wie jemand, der nicht zu spät kommen möchte. Das war Hans Christian Land, der Maler aus Lübeck.

Er kam noch knapp zurecht; von vielen neugierigen Augen angestarrt, erreichte er das Trauerhaus gerade, als sich der Zug in Bewegung setzte. Hinter Emilie Kriebel, die laut weinte, als entführe man in Matthias Bruckmüller ihren Eheliebsten für immer, und der Frau Doktor aus Gladenbek mit dem tiefbewegten, schmerzübersponnenen feinen Gesicht, fand der Maler seinen Platz. Traute Wesselfing gesellte sich zu ihm und drückte ihm anerkennend die Hand:

„O Gott, wie rührend, Hans, so weit von Lübeck her. . . Da möchte man weinen, so rührend ist das." Uebrigens flossen Traute Wesselfinks Tränen schon und suchten sich hinter dem schwarzen Kreppschleier ihren Weg über die runden, rötlich angehauchten Wangen. Aber diese Tränen galten dem Vetter Matthias . . . das heißt: weil die Leute von Bredenbrück da waren. . . .

Und so ging nun Matthias Bruckmüller seinen letzten Weg. Denselben Weg, dessen Verlauf er zu Lebzeiten so oft als Gesunder und Starker gefolgt war: über das Feld weg und über die Wiese und darnach zwischen den Nußbäumen hin, die die Allee bis zur Stadt bildeten. Nun aber nimmer mehr zur Stadt hinein, sondern links ab zu dem Ort des Schweigens und der Stille, wo das enge Bett auf seinen Schläfer wartete.

Und vom Rosenhaus her wehte der Vorfrühlingswind ein letztes Grüßen hinter seinem toten Herrn her. . . . Und durch die Stille des Hauses klang wie ein fragendes Suchen das rastlose Ticken der alten Standuhr: „Wohin? Wohin?" . . .

Thomas Bruckmüller stand vor ihr und nickte ihr lächelnd zu: „Siehst du, es geht wieder. Es geht im alten Takt. Ich glaube gar, du hattest das Reden verlernt, weil dein Herr stumm geworden war. . . . Das ist Torheit, Alte. Die Uhren dürfen sich um das Sterben der Menschen nicht kümmern. Sei froh, daß ich kam und dir zum Besinnen auf deine Pflicht half."

Und die alte Standuhr schien Thomas Bruckmüller mit einem halb mitleidigen Lächeln anzusehen. Und ihr würdevolles Ticken war wie ein gewisses Erzählen. Sie mochte wohl sagen: „Du Dummkopf! Wir Uhren kümmern uns auch nicht um das Sterben der Menschen. Unsere Mutter, die gewaltige, ernste, nimmermüde Frau — man nennt sie die Zeit — hat es uns streng verboten. Und so gehen wir unseren Weg unbekümmert um Leben und Tod, Freude und Leid. . . . Ja, du bist ein Dummkopf, Thomas Bruckmüller. Der Matthias hat mich doch besser verstanden. Wie schade, daß ich ihn nie mehr wiedersehe."

Was Thomas Bruckmüller alles nicht zu hören vermochte. Denn er kannte die Sprache der Uhren nicht. Wie sie die meisten Menschen nicht kennen.

Und das ist recht schade. Es wäre anders manches besser in der Welt.

3.

Der Herr Amtsgerichtsrat August Apponius legte seine silberne Schnupftabaksdose und das geblümte Schneuztuch neben sich auf den gelbpolierten Tisch des Schöffengerichtssaales im Bredenbrücker Amtsgerichtsgebäude, blinzelte gegen die Frühsonne hin, die in heller Neugierde durch die niedrigen Fenster in den kahlen Raum sah, und räusperte sich mit vielem Nachdruck.

Als er ein Aktenbündel zurechtgerückt hatte, nahm er umständlich Platz, befragte seine Schnupftabaksdose um Rat und ließ darnach auch das geblümte Tuch nicht unbenutzt.

Nach diesen langwierigen Vorbereitungen war er endlich soweit, seine Amtshandlungen beginnen zu können, die die Eröffnung des Testaments Matthias Bruckmüllers betraf.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190326019/fragment/page=0002

Die Pläne Wilsons.

Genf, 25. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Temps" schreibt: Die Mitteilung des Obersten Kriegsrats, daß der Friedensvertrag bis zum 29. März bereits abgeschlossen ist, klingt zwar sehr optimistisch. Wilson kann aber in der Tat durchsetzen, was er will, und niemand von den anderen Politikern, die die Verwirklichung des schleunigen Friedensschlusses zu hintertreiben wünschen, kann Wilson an der Durchführung seines Entschlusses verhindern. Es sei kaum anzunehmen, daß ein so ernster Mann wie Oberst House Prophezeiungen in die Welt setzen würde, wenn er nicht auf das genaueste von den Plänen des Präsidenten unterrichtet wäre.

Gegen den Mörder von Jaures.

Paris, 25. März. Havas. In dem Prozeß gegen Villain erklärte der Angeklagte gestern, mit Vorbedacht gehandelt zu haben, da er Jaures' Wirken für unheilvoll für das Volk gehalten habe. Schon beim Regiment schmerzte es ihn, die Kameraden patriotische Lieder singen zu hören. Die Erbitterung stieg angesichts der Bedrückung der Elsaß-Lothringer aufs höchste. Er beschloß daher, zuerst den Kaiser zu töten. Erbittert habe ihn auch der Widerspruch Jaures' gegen das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit, da er davon Störungen der Mobilmachung durch Sabotage befürchtete. Damals kam ihm der Gedanke, Jaures zu töten. Am 31. Juli fand er bei den einrückenden Soldaten weniger Begeisterung als er erwartete. Er verschob aber die Ausführung seines Vorsatzes. Er sei abends lange um das Café herumgestreift, in dem sich Jaures befand, habe aber, einer plötzlichen Eingebung folgend, den Vorhang gelüftet und gefeuert. Er habe unter einem unwiderstehlichen Drange gehandelt. Daran, daß Jaures Frau und Kinder habe, hätte er nicht gedacht. Auf die Frage des Präsidenten, ob er nicht erwogen habe, daß der Mord schwere Arbeiterunruhen hervorrufen könne, und ob er nicht an die hervorragende Rechtschaffenheit des Ermordeten gedacht habe, erwiderte Villain: Ich bin tief religiös, aber das Gewissen erwacht in diesem Augenblick nicht. Nach dem Verhör wurden die Aerzte vernommen, die Villain als erblich stark belastet ansehen und daraus auf verminderte Zurechnungsfähigkeit schließen zu müssen meinen. Villain hätte aus patriotischer Ueberhebung gehandelt. Darauf erzählten mehrere Redakteure der „Humanité", wie der Mord sich abspielte.

Pariser Deputierte gegen eine russische Intervention.

WTB. **Paris, 25. März.** (Drahtnachricht Havas.) **Die Kammer begann am Montag die Prüfung der Budgetzwölftel. Im Laufe der allgemeinen Diskussion sprachen Charain und Lafont ihr Bedauern darüber aus, daß das Volk und das Parlament über die Arbeiten in der Konferenz nicht genügend auf dem Laufenden gehalten würden. Sie warfen der Regierung vor, im Kriegszustande mit Rußland zu sein, ohne deshalb das Parlament und die Nation befragt zu haben und sprachen sich gegen jede militärische Intervention in Rußland aus. Die Besprechung wird heute fortgesetzt.**

Bestialitäten der lettischen Bolschewisten.

WTB. Berlin, 25. März. Nach einer „Lok.-Anz."-Meldung sind amtliche Berichte aus Kurland eingetroffen, die über Bestialitäten der lettischen Bolschewisten zu berichten wissen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten zu stellen scheinen. Frauen, Kinder und Greise der Stadt Mitau mußten in Schnee und Kälte 50 Kilometer Weg in die Verbannung nach Uerkuell zurücklegen. Die Personen, die für den Transport körperlich zu schwach waren, wurden kurzer Hand erschossen.

Italien soll sich mäßigen.

Basel, 25. März. (Privattelegramm.) **Die Presseinformation erfährt aus diplomatischer Quelle in Paris, daß die Entente auf Italien einen starken Druck ausübt, seine Ansprüche an Oesterreich zu mäßigen, auch hinsichtlich der territorialen Fragen. Die Ansichten der Entente gehen dahin, Oesterreichs Selbständigkeit zu erhalten und mit Unterstützung der Entente aus Oesterreich einen Pufferstaat gegen Deutschland zu machen. Für diesen Plan seien bereits einflußreiche Persönlichkeiten in Oesterreich gewonnen worden.**

Provinzial-Nachrichten.

? **Bernburg, 25. März.** (Vom Schlosse.) Die Räume, die für die herzogliche Familie im Schlosse reserviert waren, sind geräumt, die teilweise recht kostbare Einrichtung ist unter der Hand verkauft worden. Eine blauseidene Rokoko-Einrichtung hat u. a. einen Erlös von 5000 Mark gebracht. Die Räumlichkeiten werden an zwei Amtsgerichtsräte zu Wohnzwecken vermietet werden.

V **Schönebeck a. E.** (Einen weiteren guten Fund) machte der Arbeiter- und Soldatenrat in dem auf dem früheren Siegelschen Grundstück befindlichen Schuppen des Spediteurs R. Hier. Eigentümlicherweise war der Schlüssel dazu nicht zu finden. Der Schuppen wurde kurzerhand vom Schlosser geöffnet und enthielt ungefähr 80 Zentner Raps. Jedenfalls sollte er heimlich zu Oel geschlagen werden für Bedürftige, die gute Preise zahlen können!

⌗ **Von der Elbe, 25. März.** (Eine Vermehrung der Biber) ist in den letzten beiden Jahren eingetreten. An der Elbe und Mulde haben sich, wie die Jagdzeitschrift St. Hubertus berichtet, die Standorte der Biber erweitert, während in den vorhergehenden Jahren diese Nager so stark zusammengeschmolzen waren, daß man allenthalben ihr völliges Aussterben befürchtete. Daß sie jetzt vermehrt auftreten, hat seinen Hauptgrund darin, daß der Krieg die Fischer und Schiffer brauchte und sie daher von den Biberplätzen fernhielt.

§ **Magdeburg, 25. März.** (Beim Fischdiebstahl mit Handgranaten) im Laichschonrevier in Biederitz hat kürzlich einer der Diebe durch vorzeitiges Explodieren der Granate den Tod gefunden, während ein zweiter sein ruchloses Wesen mit dem Verlust einer Hand bezahlen mußte. Hoffentlich schreckt dieses Beispiel auch die übrigen Anhänger dieser barbarischen Fischräuberei, die nicht scharf genug verurteilt werden kann, ab. Denn nicht nur die wenigen Speisefische, auf die es der Räuber abgesehen hat, sondern auch noch eine große Anzahl kleiner Fische und Brütlinge werden durch diese verwerfliche Art des Fischdiebstahls getötet, so daß mit der Zeit der gesamte Fischbestand ausgerottet wird. Der einzelne Aufsichtsbeamte steht diesen gewöhnlich in Horden auftretenden Räubern machtlos gegenüber.

Die Sozialisierungsfrage im hallischen Arbeiterrat.

Die Zuständigkeit des Bezirksarbeiterrates — Wahlen — Die unabhängige Sozialdemokratie und die Sozialisierung — Eine freiwillige Sammlung für die Hinterbliebenen Mesebergs.

Der Vorsitzende A.-R. Osterburg widmet dem ermordeten Obermatrosen Meseberg ein ehrendes Gedenken. Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.

Die Niederschrift der Verhandlungen wird vervielfältigt den Vorständen der Fraktionen zur Kenntnisnahme ihrer Mitglieder überwiesen.

Zunächst steht auf der Tagesordnung die

Wahl von Delegierten für die Bezirksrätekonferenz.

Der Vorsitzende teilt zunächst den Wortlaut zweier Zuschriften mit, in denen sowohl vom Vollzugsausschuß des alten Bezirksarbeiterrates wie von diesem selbst die Wahlen zum Arbeiterrat am 16. März für ungültig erklärt und Neuwahlen spätestens bis 29. März gefordert werden. Während ein Unabhängiger beantragt, Vorbereitungen für eine Neuwahl vorzunehmen, sprechen der zweite Vorsitzende A.-R. Sperl und A.-R. Kleeis für Ablehnung des Protestes und beantragen die Wahl von Delegierten für die Bezirksrätekonferenz, desgleichen A.-R. Herbst und A.-R. Heine, auch unter Hinweis auf die Unmöglichkeit, in so kurzer Zeit eine Neuwahl vorzubereiten. — Die Abstimmung ergibt die Mehrheit für den Antrag Sperl. — A.-R. Helms stellt folgenden Ergänzungsantrag:

Der Arbeiterrat Halle protestiert gegen den Beschluß des Vollzugsausschusses und des Bezirksarbeiterrates zu Merseburg und ist nach wie vor der Meinung, daß der jetzige, nach dem alten Wahlverfahren gewählte Bezirksarbeiterrat nicht über das Schicksal des neugewählten Arbeiterrates zu befinden hat.

A.-R. Kürbs (U. S.) gibt namens der Unabhängigen die Erklärung ab, daß sie zwar mit der Stellungnahme des Bezirksarbeiterrates einverstanden seien, daß sie indes sich an der Delegiertenwahl beteiligen würden. — A.-R. Hildebrandt bemerkt, daß der Zentralrat, mit dessen Wahlausschreibung man sich doch einverstanden erklärt hätte, auch noch nicht neugewählt worden sei. Wo bleibe da die Logik.

Der Antrag Helms wird angenommen und die Wahl der Delegierten erfolgt. Von den Unabhängigen werden 16, von der freien Vereinigung 14 und von den Mehrheitssozialisten 5 Vertreter gestellt und gewählt. Von der freien Vereinigung wurden gewählt die Mitglieder: Gerhardt, Pegenau, Coqui, Sperl, Vehse, Helms, Scheffel, Frankenstein, Seiffe, Nagel, Herbst, Bender, Schaarschmidt, Kirchhoff; von der alten sozialdemokratischen Partei die Mitglieder: Kleeis, Dölz, Müller, Chemnitz, Witters. Der Vorsitzende teilt noch mit, daß Frl. Möbius (U. S.) ihr Mandat niedergelegt hat und daß für sie Herr August Hoyer in den Arbeiterrat eintritt.

Nunmehr wird der bereits vorgesehene Vortrag über

Sozialisierung

gehalten. A.-R. Hildebrandt (U. S.) war hierfür als Redner von seinen Genossen ausersehen worden. An die Spitze seiner Ausführungen stellte er den Satz: Die Sozialisierung kann uns allein aus dem Chaos erlösen, in dem wir uns befinden. Dann behandelte er diese Frage zunächst sozialgeschichtlich. Sie, die Unabhängigen hätten am 4. August 1914 auf dem Standpunkt gestanden, nur durch die Revolution sei die Befreiung der Arbeiterklasse herbeizuführen. Dadurch trennten sie sich von den Mehrheitssozialisten. Auch der Redner behauptet wie seine Partei überhaupt, daß diese allein die Revolution gemacht habe. Bei dieser Gelegenheit führte er einen Vorgang an der Brücke beim Pfälzer Schießgraben an, der sich am Montag, angeblich zwischen Besuchern einer Versammlung und Landesjägern zugetragen habe und wobei geschossen worden sein soll. Weiter bemerkte er, daß durch die Demokratie bisher nichts weiter erreicht worden sei, als einige Erleichterungen, die auch unter des Kaisers Herrschaft hätten erreicht werden können. Nun endlich geht der Redner auf die Sozialisierung selbst ein. Nach ihm sollen nur die hierzu reifen Großbetriebe sozialisiert werden, nicht aber die Kleinbetriebe.

Man muß für die Sozialisierung eintreten, damit der Arbeiter seine Kräfte voll in den Dienst des Werkes stellt, damit alle geistigen Kräfte hervorgerufen und betätigt und die Betriebe viel leistungsfähiger werden. Die Sozialisierung bringt Ersparung von Maschinen, Arbeitskräften, Transportmitteln, Verwaltungskräften, von Produktionsunkosten, Reklame, Militärlasten. Die heutige Produktion arbeitet für den Profit, in der sozialistischen Gesellschaft wird für den Bedarf gearbeitet. Die Sozialisierung sei auch zum Abbau der Schulden unseres Staates notwendig. Wir seien durch den Krieg ein armes Volk geworden und nur durch die Sozialisierung könnten wir uns wieder emporarbeiten. Weiter behandelte der Redner die Frage: Wie soll sozialisiert werden? Dabei trat er ein für die Verankerung der Betriebsräte in den Produktionsprozeß. Die Kapitalisten glaubten auch gar nicht, daß durch diese Einrichtung der Kapitalismus gefährdet werden könnte, sonst wären nicht die Aktien der Montanwerke um 15—20 vom Hundert gestiegen. Das Recht der Räte als Kontrollorgan werde man sich nicht nehmen lassen, die Räte sind die revolutionären Elemente, die die Befreiung der Arbeiter aus den Banden des Kapitalismus herbeiführen werden.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wird die Besprechung des Vortrages der nächsten Sitzung vorbehalten. Es folgen

Anträge und Wünsche.

A.-R. Wilke befürwortet seinen Antrag, der dafür eintritt, daß die aus dem Auslande eingeführten Nahrungsmittel unter Ausschluß jedweden Handels unmittelbar der Bevölkerung zugeführt werden. A.-R. Leidenfrost bekämpft diesen Antrag unter Hinweis darauf, daß die Angestellten, die an sich nicht gut gestellt seien, geschädigt würden, wenn der Handel ganz ausgeschaltet werden solle. Er beantragt, daß die bisher mit dem Verschleiß bedachten Geschäfte ebenfalls mit der Abgabe dieser Nahrungsmittel betraut werden. Auch A.-R. Brettschneider unterstützt diesen Antrag und bemerkt, daß der vom A.-R. Wilke angezogene Schleichhandel nicht mit den dem Handel zugewiesenen Waren, sondern mit solchen, die nicht an die Verteilungsstellen gelangt sind, getrieben worden ist. — A.-R. Dietrich will die Verteilung dem Magistrat überlassen. Auf Antrag des A.-R. Hildebrandt wird diese Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Ein weiterer Antrag des A.-R. Hildebrandt wünscht, daß eine Sammlung unter den Mitgliedern des Arbeiterrates zu einer Kranzspende für den ermordeten Obermatrosen und ein etwaiger Ueberschuß der Familie Mesebergs überwiesen wird. Auf Antrag des A.-R. Helms tritt eine Pause ein, damit die Fraktionen unter sich Stellung zu diesem Antrag nehmen können.

Nach Wiederbeginn der Verhandlungen schlägt A.-R. Helms vor, daß der Arbeiterrat als solcher in dieser Angelegenheit keinen Beschluß faßt, sondern daß seine Mitglieder sich freiwillig an einer Sammlung für den vorbezeichneten Zweck beteiligen. Wenn der Arbeiterrat einen Kranz stiftet, dann könnte das falsch ausgelegt und man könnte darauf festgelegt werden. Das solle vermieden werden. Auch gehörte Meseberg nicht dem Arbeiter-, sondern dem Soldatenrate an. Namens der freien Vereinigung habe er, der Redner, noch eine Erklärung abzugeben: Sie dürfen überzeugt sein, daß wir das herzlichste Mitleid empfinden sowohl mit den Eltern des schmählich Ermordeten wie mit seiner Frau und seinem Kinde. Wir können Frau und Kind unser herzlichstes Mitleid aussprechen. Allein einen Beschluß, wie er beantragt wurde, können wir nicht fassen, weil vom Arbeiterrat ein solcher Beschluß auch

nicht früher gefaßt worden ist nach der ebenso traurigen wie schmählichen Ermordung des Oberstleutnants v. Klüber.

Wenn damals eine Kranzspende beschlossen worden wäre und wenn der Arbeiterrat ebenfalls einen Kranz am Grabe des erschossenen Knaben Pfifferling hätte niederlegen lassen, dann könnte heute in gleicher Weise verfahren werden. So aber wollen wir es bei einer freiwilligen Sammlung bewenden lassen und tun auch damit dar, daß wir ein Herz haben für die Eltern, für Frau und Kind des Ermordeten.

A.-R. Dölz teilt mit, daß seine Fraktion sich als solche an der Spende beteiligen werde. Allein man hätte doch wohl der Sachlage mehr Rechnung tragen können, wenn

die Arbeiter nicht allgemeine Arbeitsruhe

für den Tag der Beisetzung Mesebergs, die diesen Mittwoch erfolgt, beschlossen hätten, sondern einen Teil ihres Arbeitsverdienstes der Witwe überlassen haben würden. Damit wäre der Witwe besser gedient. (Beifall.) — A.-R. Hildebrandt bemerkt dazu, daß die Gewerkschaften die Arbeitsruhe ohne Zutun der U. S. P. beschlossen hätten. Sie hätten die Arbeiter nicht von der Teilnahme am Leichenbegängnis zurückhalten können. Schließlich zieht der Redner den Antrag auf Beschlußfassung durch den Arbeiterrat zurück und erklärt sich mit der freiwilligen Sammlung zufrieden, die einen Gesamtbetrag von 78.50 Mark ergibt. Beteiligt sind daran die freie Vereinigung mit 28.50 Mark, die Unabhängigen mit 38,50 Mark und die Mehrheitssozialisten mit 11,50 Mark.

Es folgen noch verschiedene andere Anträge.

Der Zentralausschuß für die Errichtung einer Schutzwehr in Halle würde es begrüßen, wenn der Arbeiterrat sich an einer Mittwoch, nachmittags 12 Uhr, stattfindenden Besprechung, wie der Eintritt in die Schutzwehr im weitesten Maße bewerkstelligt werden kann, beteiligen wollte. Der Vorstand des Arbeiterrates wird zu Informationszwecken sich an der Besprechung beteiligen und dem Arbeiterrat hierüber berichten.

Die Anfrage eines Mitgliedes, wie der Arbeiterrat den Lohnausfall der Arbeiterratsmitglieder zu entschädigen oder wie er die Sitzungsstunden zu legen gedenkt, wird vom dritten Vorsitzenden A.-R. Chemnitz dahin beantwortet, daß durch Verfügung der Volksbeauftragten die versäumten Arbeitsstunden vom Arbeitgeber bezahlt werden müßten. Uebrigens wird der Vorstand in solchen Fällen die Sache in die Hand nehmen.

A.-R. Dürrfeld bringt Gerüchte zur Sprache, daß von der Ortskohlenstelle Angestellten, die sogenannte Deputatkohle zu erhalten hätten, besondere Kohlenzuwendungen gemacht würden. Indes fehlt diesen Gerüchten vorerst noch die notwendige Unterlage. — Weiter wird der Ernährungsausschuß damit befaßt werden, wie es kommt, daß die Pfunddose Fleischkonserven mit 6 Mark bezahlt werden muß, obwohl drei Dosen zusammen im Einkauf nicht mehr als 5 Mark kosteten. — Ein Antrag des A.-R. Leidenfrost, wonach der Arbeiterrat schärfsten Widerspruch gegen die Streichung des § 518 der Reichsversicherung bei der Nationalversammlung erheben soll, wird für die nächste Sitzung zurückgestellt.

Damit ist der Beratungsstoff erschöpft und die Sitzung wird geschlossen.

Vermischtes.

Die Gleiwitzer Brandkatastrophe.

Gleiwitz, 25. März. (Eigene Drahtnachricht.) Bis heute nachmittag sind 72 Tote und 21 Verletzte von der Brandkatastrophe geborgen worden.

Ueberfall auf die Reichsbanknebenstelle Euskirchen. In Euskirchen drangen bewaffnete Räuber in die Reichsbanknebenstelle ein, raubten rund 1½ Millionen Mark und fuhren in einem Kraftwagen davon.

Skandalös! Wie ein Faustschlag ins Gesicht muß es jeden Denkenden treffen, wenn man folgende, im Bonner General-Anzeiger veröffentlichte Anzeige liest: „Wer leiht oder verkauft (gegen Lebensmittel) einem Fräulein ein hübsches Fastnachtskostüm? Off. usw." — Der Hunger vor der Tür, die Wunden noch zu frisch, die uns geschlagen, und schon diese Sucht nach närrischem Tand! Kann man es glauben? — „Gegen Lebensmittel!" heißt es in dem Inserat. Das steckt der Sache ein besonderes Licht auf.

e. **Typhusepidemie in Petersburg.** Trotz starker Kälte rast die Typhusepidemie in Petersburg mit unverminderter Stärke. In dem städtischen Obuchow-Krankenhaus allein sterben täglich etwa 200 Personen, da die Bolschewisten jede Desinfektion als bürgerlichen Luxus verachten. Die Aerzte, die von der Räteregierung gezwungen werden, ihren Dienst fortzusetzen, haben mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen, da das Personal ihren Anweisungen nicht folgt.

Aus dem Leserkreise.

Das Ernährungsamt und unsere Kranken.

Mit gerechtem Unwillen wird im Kreise unserer Kranken die bewundernswerte Langsamkeit gerügt und empfunden, mit der sie mit ärztlich verordneten Zusatzernährungsmitteln versehen werden. In allererster Linie hat doch der behandelnde Arzt zu entscheiden, welche und wann sein Patient Stärkungsmittel nötig hat. Sobald er aber diesen Zeitpunkt für gekommen erachtet, sollte auch die Hilfe sofort einsetzen. Sind doch sogar Gerüchte verbreitet, daß die Prüfung derartiger Gesuche sich bis zum mittlerweile eingetretenen Tode des Kranken (3 Wochen) verzögerte. Unsere gesamte Aerzteschaft steht doch wohl erhaben über dem Vorwurf, in jetziger Zeit etwas zu verordnen, was nicht unbedingt notwendig ist. Wozu also den alten durch die Bureaukratie vorgeschriebenen Weg des Durchlaufens soundsovieler Instanzen? Doppelt hilft, wer schnell hilft. Wenn wirklich noch eine Nachprüfung durch eine Aerztekommission für nötig gehalten wird, die übrigens in den meisten Fällen den Kranken gar nicht kennen wird, so sollte diese Prüfung am Tage des Eingangs des Gesuches erfolgen. Jedenfalls wird sich der gesunde Menschenverstand sagen, daß Hilfe da am schnellsten erfolgt, wo sie sofort einsetzt. Deshalb fort mit dem alten hemmenden, unzweckmäßigen Bureaukratismus! Hilfe am rechten Platz und zur rechten Zeit! Verzögerungen über 8 Tage sind unzulässig. Mit etwas mehr Dampf voraus!

Richard Kleemann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190326019/fragment/page=0003

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Hypothekenwesen.

In der Generalversammlung der Berliner Hypothekenbank A.-G. führte der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Leissmann (Düsseldorf) über die allgemeine Lage aus: Zunächst könne festgestellt werden, daß gegenwärtig die Hypothekenpfandbriefe ein wertvolles Gut des Nationalvermögens bilden und dazu beitragen werden, das Fundament zu bilden, auf dem der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft vor sich gehen muß. Sie werden zurzeit an der Börse um 20 Prozent höher bewertet als die gleichhoch verzinslichen Reichs- und Staatspapiere. Die Hypothekenbanken haben gegenwärtig billigeres Geld als Staat und Städte. Wenn die Berliner Hypothekenbank für das abgelaufene Jahr noch kein besseres Resultat vorlegen konnte, so ist dies einzig und allein darauf zurückzuführen, daß sie auf ihren Besitz an Reichs- und Staatsanleihen eine recht beträchtliche Abschreibung vornehmen mußte. Den Hypothekenbanken drohe jedoch eine neue Gefahr in der Kapitalrentensteuer, die mit 10 Prozent von der Regierung in Aussicht genommen ist. Er habe zu dieser aber das Vertrauen, daß sie Ausnahmen für die Hypothekenbanken und Versicherungsgesellschaften, die doch in erster Linie den Realkredit zu befriedigen haben, schaffen wird. Augenblicklich sieht es mit der Bautätigkeit sehr trostlos aus, weil die Friedensverhandlungen nicht von der Stelle kommen. Dies hat auch im Gefolge, daß der Stand unserer Valuta ein geradezu elender ist. Aber man dürfe daran erinnern, daß vor 50 Jahren die amerikanische Valuta noch viel trauriger stand und amerikanische Wertpapiere mit 40 Prozent gehandelt wurden. Damals war es Deutschland, das Amerika zu Hilfe kam, und namentlich in Süddeutschland wurden die amerikanischen Papiere in großen Summen untergebracht. Hieran sollte sich Amerika erinnern. Amerika hat es in der Hand, Rußland und Frankreich die Preise zu diktieren. Daß dieses möglich ist, zeige der Verlauf der Neuyorker Börse vom letzten Sonnabend, wo die englische Valuta um 6 Cents oder 1½ Prozent unter den Goldpunkt gesunken ist und die französische Valuta einen dementsprechenden Rückgang erfahren hat. Dieser Vorgang zeige, daß Amerika nicht bloß in der Lage ist, platonische Wünsche seinen Alliierten gegenüber zu äußern, sondern auch Mittel in der Hand hat, diesen Wünschen den gehörigen Nachdruck zu verleihen.

Die Versammlung setzte die Dividende auf wiederum 4 Prozent fest. Bei den Wahlen zum Aufsichtsrat wurde an Stelle des verstorbenen Exz. Kaempf Bankdirektor Dr. Rosin von der Bank für Handel und Industrie neugewählt.

Sozialisierung und Betriebsverbesserungen.

Die verschiedenen Sozialisierungsvorschläge, welche die Presse in letzter Zeit veröffentlichte, lassen fast ganz unbeachtet den unaufhörlich vorwärtsgehenden technischen Fortschritt. Hierüber veröffentlicht die „Sächsische Industrie", das Organ des Verbandes sächsischer Industrieller, in ihrer letzten Nummer einen interessanten Artikel, dem wir folgendes entnehmen.

„Die meisten kleinen und mittleren Industriebetriebe und fast sämtliche Aktiengesellschaften, namentlich soweit sie zur Fertig- und Exportindustrie gehören, sind durch technische Verbesserungen und Erfindungen groß geworden, die sie patentamtlich schützen ließen; ebenso haben sie Auslandspatente in Lizenz genommen und müssen dies nach dem Kriege wieder tun. Was würde nun die Folge einer allgemeinen Sozialisierung für die Nutzbarmachung des Erfindergeistes zugunsten unserer Industrie sein? Die intelligentesten Betriebsbeamten und Erfinder würden neue Erfindungen in ihren Betrieben ausarbeiten lassen, sie aber wohlweislich, sobald die Aufnahmefähigkeit erwiesen ist, nicht ihrem Werke zur Verfügung stellen, das ihnen ja unter der Kontrolle der Betriebsräte keine Vorteile bieten kann, sondern würden diese Erfindung anderen Firmen, namentlich Auslandsfirmen, zur Verfügung stellen. Noch näher liegt der Gedanke, daß gerade die intelligentesten Techniker die Gelegenheit der Ausbeutung benützen würden, um ins Ausland abzuwandern, wo ihnen immer noch die Gelegenheit geboten wird, sich selbstständig zu machen. Der Hang nach Freiheit, namentlich nach wirtschaftlicher Freiheit, ist in jedem Menschen immer so groß, daß er die Arbeit in dem eigenen Unternehmen unter bescheidenen Verhältnissen auch einer großen Position als Betriebsbeamter eines sozialisierten Betriebes vorziehen wird."

Ein Dollar = zehn Mark!

Der Statistiker, so lesen wir in der „Frkf. Ztg.", hat heute die traurige Gelegenheit, eine eigenartige Feststellung zu machen: die Reichsmark notierte am Sonnabend in der Schweiz 49,25 Cent., der Dollar 498 Centimes. Daraus ergibt sich also, daß sich die amerikanische Valuta bei uns auf über 10 Mark (genau 10.11) berechnet gegenüber einer Friedensparität von 4,19 Mk.! Was das für die Bezahlung unserer Importe zu bedeuten hat, braucht nicht ausführlich gesagt zu werden. Nur ein Beispiel: Weizen hat heute in Newyork einen Mindestpreis von 2.26 Doll. pro Bushel beim Farmer, das sind 82 Doll. die Tonne, mit Spesen aber 86 Doll. Dazu kommt der Transport usw. mit — gering gerechnet — 15 Doll. Das sind also über 100 Doll. gleich reichlich 1000 Mark gegenüber einem Inlandspreis von 300 bezw. 360 Mark. Baumwolle würde trotz der scharfen Preissenkung in Amerika wohl etwa 4 Mark in Bremen kosten gegen 45 bis 50 Pf. vor Kriegsausbruch. Das ist freilich nur die eine Seite. Für den Export hat der Kurs seine Vorteile. Und zwar nicht nur für Waren, sondern auch für Effekten. Wenn beispielsweise ein Amerikaner deutsche Kriegsanleihe zu 84 Proz. hier kaufen läßt, so kosten ihm 1000 Mark nur 84 Doll., und 1000 Mark 3proz. deutsche Papiere erhält er gar für Doll. 60. (Für Schweizer, Holländer, Skandinavier, Spanier wäre ein derartiges Geschäft noch günstiger; Schweizer z. B. könnten deutsche 5proz. Kriegsanleihe zu 33 Proz., 3proz. deutsche Papiere zu ca. 24 Proz. kaufen. Gerade die Finanzgeschichte der Vereinigten Staaten während des Bürgerkrieges zeigt, wie sich derartige Valutaanomalien für Anlagen durch den ausländischen Kapitalisten eignen: heute besteht bei uns ein Agio von rund 130 Proz für den Dollar; damals (am 30. Juni 1864) war es gerade umgekehrt; man notierte in Newyork einen Goldkurs von 250 Proz. Die Frankfurter Finanzwelt wußte damals die Lage auszunutzen, indem sie U. St. Bonds kaufte. Sie ist nicht schlecht dabei gefahren.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Der Verkehr an den deutschen Rohzuckermärkten beschränkte sich auch in der Berichtswoche wieder auf gelegentliche, diesmal allerdings teilweise recht umfangreiche Zuteilungen von Rohware an die Raffinerien. Die schon lange erwartete umfassende Freigabe ist aber ausgeblieben, ebenso eine amtliche Erklärung dafür. Dagegen hat die Reichsregierung sich zu anderen Fragen, den Zucker betreffend, verschiedentlich geäußert. Zunächst hat sie festgestellt, daß das laufende Betriebsjahr in der Tat nur die Erzeugung von 25 Millionen Zentnern bringen dürfte, über 6 Millionen Zentner weniger als im vorangegangenen Betriebsjahre und 27—28 Millionen Zentner weniger als in den letzten Jahren vor Ausbruch des Krieges. Die an dieser Stelle verschiedentlich ausgesprochenen Vermutungen erhalten dadurch die amtliche Bestätigung; leider. Dann aber hat sich der Ernährungsminister aus Anlaß einiger Anfragen in der Nationalversammlung zu der brennenden Frage der Förderung des Rübenanbaus geäußert und deren Notwendigkeit durchaus anerkannt. Es seien Verhandlungen über die zu ergreifenden Maßnahmen im Gange und sie ständen vor dem Abschluß. Insbesondere werde erwogen, einen Teil der Zuckererzeugung dem freien Absatz zu überlassen. Die völlige Freigabe des Handels erscheine zurzeit noch nicht möglich. Sodann wurde der Landwirtschaft, die Rüben anbaut, die Rückgabe größerer Melassemengen in Aussicht gestellt, als bisher geschehen war. So erfreulich dieses Entgegenkommen auch ist, bleibt es doch nur eine halbe Maßregel und kann aus den durch die Zwangsbewirtschaftung des Zuckers geschaffenen schlechten Versorgungslage nicht herausführen. Denn wir brauchen einen ganz gewaltigen Mehranbau, und ein solcher ist durch die in Aussicht gestellten Maßnahmen nicht zu erreichen. Möglich wird er allein durch die Wiedereinführung der freien Wirtschaft; darüber sind sich jetzt allmählich alle Kreise einig geworden, die mit dem Zucker vom Rübenanbau bis zur Fertigstellung zu tun haben. Die Befürchtung des Eintritts eines Preiswuchers ist unbegründet, da sich die Preisregelung in voller Oeffentlichkeit abspielen würde und die Regierung jederzeit eingreifen kann. Was aber die Hauptsache bleibt, wir würden endlich wieder in den Besitz ausreichender Zuckermengen zur Befriedigung des inländischen Bedarfs gelangen. Sodann würden die vermehrten Rückstände aus der Rübenverarbeitung auch die Frage der Beschaffung des Viehfutters ihrer Lösung ein gut Teil näher bringen. Es ist durchaus kein Sprung ins Dunkle, der von der Regierung verlangt wird.

Am Raffinademarkte fanden größere Umsätze nicht statt. Neue Freigaben sind nicht erfolgt, weshalb die Kommunalverbände nicht kaufend eingreifen konnten. Es blieben deshalb nur die Abschlüsse mit den zuckerverarbeitenden Gewerben, die keinen sonderlich großen Umfang annahmen. Obwohl die Kohlenfrage sich weiter zugespitzt hat, ist es den Raffinerien bisher größtenteils noch möglich gewesen, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Die Ablieferungen gingen im allgemeinen glatt vonstatten, namentlich auf dem Wasserwege, während der Wagenmangel die Bahnverladungen etwas behinderte.

Die Frage des kommenden Rübenanbaus ist jetzt insofern etwas geklärt worden, als die Reichsregierung den Mindestpreis für Zuckerrüben, der bisher 3 Mark betrug, auf 4 Mark für den Zentner festgesetzt hat. Die Wirkungen dieser Maßnahme lassen sich im Augenblick noch nicht erkennen.

[illegible] Börsenstimmungsbild.

Berlin, 25. März. Nach wie vor steht die Börse unter dem Druck der unerfreulichen außenpolitischen Verhältnisse. Unter diesen Umständen bewegte sich das Geschäft in engen Grenzen, und die Kursbildung ist in ihrer Gesamtheit, nachdem die Tendenz anfangs einen etwas festeren Anstrich gehabt hatte, nach unten gerichtet. So konnten Schiffahrtsaktien anfängliche Erholungen nicht aufrechterhalten und gingen 1 bis 2 Prozent unter gestrigen Schlußkurs. Dasselbe gilt von einigen Montanwerten, wie Phönix und Gelsenkirchen. Diese konnten aber die gestrigen Schlußkurse ziemlich aufrechterhalten. Bei Farb-, Elektrizitäts- und Rüstungswerten erreichten die Einbußen 2 bis 3 Prozent, aber nur für die führenden Papiere, da die anderen so ziemlich umsatzlos waren. Fest begannen Prinz Heinrich-Bahn, behauptet die von Wien abhängigen Papiere, wie Türkischer Tabak, Lombarden und später auch 2 Prozent niedriger, Orientbahn. Lebhaft wurden wieder österreichisch-ungarische Renten bei leichten Schwankungen zu gegen gestern unwesentlich veränderten Kursen gehandelt. Pfundanleihen waren zumeist gebessert, heimische Anleihen unverändert. Kriegsanleihen 83½.

Die Devisenkurse blieben heute unverändert.

Produktenbericht.

Berlin, 25. März. Der Frost hält an, und die Verladung frostempfindlicher Artikel, wie Rüben und Kartoffeln, bleibt unmöglich, was sich natürlich hier unangenehm fühlbar macht. Im Verkehr mit Landesprodukten selbst hat sich nicht viel geändert. Kleesaaten sind nach wie vor knapp, und die meisten Grassämereien sind vergeblich gefragt. In größeren Posten vorhanden sind nur Knaulgras und Schafschwingel. Für Serradella bleibt die Tendenz abwartend. Heu und Stroh treffen für den freien Handel nur in mäßigem Umfange ein. Die Nachfrage für Ersatzstoffe ist daher ziemlich lebhaft. Wetter kalt.

Vergebung von Eisenbahnverkehrsmaterial. Die Eisenbahnverwaltung hat sich bisher über den Umfang der Bestellungen an Eisenbahnverkehrsmaterial in Schweigen gehüllt. Nach einer Mitteilung der „Verkehrstechnischen Woche"" hat nunmehr das preußische Ministerium für öffentliche Arbeiten für 1.6 Milliarden Mark Aufträge an Lokomotiven und Waggons vergeben. Es handelt sich um die Herstellung von 300 Lokomotiven und 71 000 Waggons.

Essener Steinkohlenbergwerke Akt.-Ges. in Essen. Der Aufsichtsrat hat für 1918, entsprechend unserer Ankündigung, wieder 16 Prozent Dividende und 40 Mark Bonus aus den in früheren Jahren angesammelten Beständen vorgeschlagen.

Franz Braun Akt.-Ges. in Zerbst. Der Aufsichtsrat schlägt für 1918 eine Dividende von 7 (10) Prozent vor.

Kaiser-Keller, Akt.-Ges., in Berlin. Nach dem Rechenschaftsbericht für 1918 wurden in allen Abteilungen sehr gute Umsätze erzielt. Der November und Dezember wurden infolge der bekannten Vorgänge ungünstig beeinflußt. Es wurde ein Bruttoüberschuß von 2 250 208 (1 760 163) Mk. erzielt. Nach Deckung des Verlustvortrages von 319 735 Mk., der Betriebs- und Handlungsunkosten mit 1 208 536 (1 034 557) Mk., der Hypothekenzinsen sowie Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 6102 Mk. Eine Dividende gelangt somit ebenso wie in den letzten vier Jahren nicht zur Ausschüttung.

Porzellanfabrik Schönwald. Der Umsatz ist weiter gestiegen. Die Gesellschaft hat den größeren Teil der Aktien ihrer bisherigen Konkurrentin, der Porzellanfabrik E. & A. Müller A.-G. in Schönwald, erworben. Nach 120 659 Mk. (i. V. 87 950 Mk.) Abschreibungen (i. V. noch 352 490 Mk. zur Tilgung der Unterbilanz) verbleiben 179 394 Mk. Reingewinn, der sich um den Vortrag auf 207 390 Mk. erhöht. Hieraus sollen auf 1,60 Mill. Mk. Aktienkapital 6 (0) Proz. Dividende verteilt, 20 739 Mk. der Reserve zugewiesen, 50 000 Mk. zu Extraabschreibungen verwendet und 19 144 Mk. vorgetragen werden. Im neuen Jahre liege ein reichlicher Bestand an Aufträgen vor. (G.-V. 9. April.)

Die Verwaltung der Berlin-Gubener Hutfabrik A.-G. vorm. A. Cohn hat die Verteilung von 16 Proz. Dividende (wie i. V.) in Aussicht genommen. Es sei indes nicht ausgeschlossen, daß einer Anregung aus Aktionärkreisen, den Satz um einige Prozent zu erhöhen, Folge gegeben werde.

Vereinigte Fabriken Photographischer Papiere in Dresden. Die Gesellschaft verteilt wieder 8 Prozent Dividende auf die Aktien und 20 Mark pro Genußschein.

Bank für Grundbesitz in Leipzig. Der Aufsichtsrat beschloß, von der Verteilung einer Dividende wiederum abzusehen und den verbleibenden Reingewinn auf neue Rechnung vorzutragen. Der Gewinnvortrag erhöht sich dadurch um 54 000 Mk. auf 164 582 Mk.

A.-G. für Leder-Maschinenriemen- und Militäreffekten-Fabrikation (vorm. Heinrich Thiele) in Dresden. Nach dem Geschäftsbericht für 1918 erzielte die Gesellschaft, einschl. 92 930 (113 796) Mk. Vortrag, einen Reingewinn von 306 923 (368 128) Mark, aus dem wieder 20 Prozent Dividende [illegible] Genußschein verteilt werden sollen. Eine Voraussage für Entwickelung des laufenden Geschäftsjahres läßt sich, wie Verwaltung bemerkt, zurzeit nicht geben. Die Gesellschaft ist andauernd bemüht, durch Vervollkommung ihrer Einrichtungen ausreichende Vorkehrungen zu treffen, um größeren Erfordernissen der Friedenszeit genügen zu können.

Die Porzellanfabrik Fraureuth bringt für das verflossene Geschäftsjahr aus 546 345 (292 281) Mk. Reingewinn 20 (15) Prozent Dividende zur Verteilung.

Norddeutsche Grundkredit-Bank in Weimar. Laut Geschäftsbericht für 1918 sind an den Gesamteinnahmen von 5 098 16[illegible] (4 896 975) Mk. Hypothekenzinsen mit 4 451 443 (4 377 291) Mk. und sonstigen Zinsen mit 461 287 (408 654) Mk. beteiligt. Für Unkosten wurden 281 912 (270 418) Mk. und für Pfandbriefzinsen 3 828 109 (3 837 464) Mk. aufgewendet. Nach Absetzung sonstiger Auslagen, sowie eines Kursverlustes von 242 409 (0) Mk. auf Wertpapiere wird ein Reingewinn von 665 477 (654 177) Mk. ausgewiesen, der die Ausschüttung einer Dividende von wieder 6 Prozent zuläßt. Nach den Ausführungen der Verwaltung konnte die Ende des Jahres einsetzende stärkere Nachfrage nach Pfandbriefen nicht annähernd befriedigt werden, da es wegen der noch immer daniederliegenden Bautätigkeit an neuen Hypotheken mangelte. Als ein Hemmnis wird die Beunruhigung bezeichnet, die durch den Gedanken einer Verstaatlichung des Realkredits in weite Kreise getragen wurde. Das Institut steht in einer Vergesellschaftung der Hypothekenbanken für die Allgemeinheit mehr Schaden als Nutzen. Der Staat kann in kritischer Zeit das Bedürfnis nach Realkredit überhaupt nicht oder nur unter sehr harten Bedingungen befriedigen. Die Lage des städtischen Hausbesitzes hat eine weitere Besserung erfahren. Die Zinsrückstände sind auf 137 870 (175 056) Mk. zurückgegangen. Von Anträgen auf Zwangsversteigerung beliehener Grundstücke wurde nach Möglichkeit abgesehen, die Zwangsverwaltung wurde nur bei dringender Notwendigkeit zur Sicherstellung der Grundstückserträge eingeleitet.

Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. C. Louis Strube Akt.-Ges. in Magdeburg-Buckau. Nach dem uns vorliegenden Rechenschaftsbericht für 1918 sind an den Gesamteinnahmen von 805 749 (877 031) Mk. Fabrikationsgewinne mit 756 788 (808 565) Mark beteiligt. Generalunkosten erforderten 542 407 (287 290) Mark. Infolge ausreichender Abschreibungen in früheren Jahren beschränken sich diese diesmal auf 10 000 (129 999) Mk. Die Rückstellungen für Reparaturen wurden auf 60 000 (28 239) Mk. erhöht. Der verbleibende Reingewinn von 193 342 (263 781) Mark einschließlich Vortrag gestattet, wie bereits gemeldet, die Ausschüttung einer Dividende von 15 (20) Prozent. Nach Verteilung der statutenmäßigen Tantiemen an Aufsichtsrat, Vorstand und Beamte ist der Neuvortrag auf 42 652 (38 918) Mk. bemessen. Zu dem Ergebnis teilt die Verwaltung mit, daß die Gesellschaft im Berichtsjahre wieder ausschließlich mit der Fabrikation von Armaturen beschäftigt war und befriedigende Umsätze erzielte. Im laufenden Geschäftsjahre liegt ein befriedigender Auftragsbestand vor. Die Fabrikation wird durch die bekannten Hemmnisse aufgehalten, deren endgültiger Umfang das Ergebnis beeinflussen wird.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 24. März. Weizen März —, Mai —, Juli —. Mais März 156½, Mai 147, Juli 137⅞. Schmalz März 28,00. Mai 27,90, Juli 27,35. Pork März —. Mai 45,00, Juli 42,00. Rippen März —, Mai 24,90, Juli 23,77. Hafer März 67¼, Mai 68, Juli —.

New York, 24. März. Winterweizen unv. Mais unv. Mehl unv. Zucker unv. Kaffee 16¼.

Berliner Börse

vom 25. März 1919.

(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	88,00
Halle-Hettstedter	75,50
Schantungbahn	127,13
Allg. Lokal-Str.	139,00
Gr. Berl. Str.	133,25
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	175,75
Orientbahn	—
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	91,50
Hambg. Südamerika	153,75
Hansa-Dampfschiff.	214,50
Nordd. Lloyd	93,25
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür.	—
Berl. Handelsges.	160,25
Commerz-Diskontobank	124,00
Darmstädter Bank	122,00
Dessauische Landesbank	117,00
Deutsche Bank	224,00
Diskonto-Comm.	179,00
Dresdner Bank	150,75
Leipzig Credit-Anst.	152,25
Mitteld. Kreditbank	124,00
Mitteld. Privatbank	—
Nationalbank	—
Oesterr. Kredit	—
Reichsbank	131,00
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	251,00
Akt. f. Anilin	219,00
Allgem. Elektr. Ges.	161,00
Ammendorfer Papierfbk.	—
Anhalter Kohlenw.	151,00
Annaberger Steingut	176,75
Badische Anilin	278,75
Bergmann Elekt. Akt.	143,50
Berl. Masch.-Bau	211,00
Bismarckhütte	185,75
Bochumer Gußstahl	182,75
Chem.-Fabr. Buckau	114,00
Chem. Griesheim	197,25
Chem. Heyden	230,00
Consolidation Schalk	212,50
Gröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	220,00
Deutsche Luxemburg	120,00
Deutsche Uebersee Elektr.	170,00
Deutsche Erdöl	—
Deutsche Gasglühl.	320,00
Deutsche Kali	164,50
Deutsche Waffen u. Mun.	166,00
Donnersmarkhütte	197,50

Döring & Lehrmann	94,00
Dürkoppwerke	275,50
Elberfelder Faber.	271,87
Felten & Guilleaume	159,25
Gasmotoren Deutz	119,13
Gebhard & Co	244,00
Gelsenkirchen Berg	165,63
Glauziger Zuckerfbk.	237,00
Hallesche Maschfbk.	298,00
Hann. Masch.	313,00
Harpener Berg	150,00
Hasper Eisen	141,00
Hirsch Kupfer	164,50
Höchster Farbw.	258,00
Hoesch Eisen u. Stahl	210,25
Hohenlohe-Werke	105,00
Humboldt Masch.	127,00
Ilse Bergbau	312,00
Kahla Porzellan	300,00
Kaliw. Aschersleben	157,50
Körbisd. Zucker-Akt.	—
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer & Co.	110,25
Lauchhammer	158,63
Laurahütte	151,00
Linke & Hofmann	287,87
Ludwig Loewe & Co.	248,50
Lothringer Hütte	150,25
Mannesmannröhren	174,75
Oberschl. Eisenb.-Bd.	126,75
do. Caro Hag.	135,00
do. Kokswerke	210,00
Orenstein & Koppel	172,00
Phönix Berg	184,00
Rhein. Metall-Vorz.	198,00
Rhein. Stahlwaren	187,13
Riebeck. Montan	175,00
Rombacher Hütten	152,00
Rositzer Braunk.	112,50
Rositzer Zucker	132,75
Sangerhäuser Masch.	248,00
Hugo Schneider & Co.	223,00
Schuckert & Co.	122,75
Siemens & Halske	142,00
Stettiner Vulkan	159,00
Stolberger Zinkh.	120,50
Strals. Spielkarten	227,00
Thale-Eisenhütte	230,75
Triptis Porzellan	180,25
Türk. Tabakregie	379,50
Ver. Köln-Rottweiler	204,50
Ver. Glanzstoff	449,00
Wegelin & Hübner	—
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	216,00
Wittener Gußstahl	188,25
Wrede Mälzerei	117,75
Zechau-Kriebitsch Braunk.	—
Zeitzer Masch.	269,50
Zellstoff Waldhof	306,00
Otavi-Minen.	126,00

L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse (Stadt Hamburg)
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms, für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann, für Sport und Briefkasten: Heinrich Meichner, Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bielek.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190326019/fragment/page=0004